

### „Unsozial“

**Zum Bericht „SPD macht sich für Stadtwerke stark“ in der Ausgabe vom 4. März.**

Selbstverständlich wollen alle Bürger die Schwimmbäder, möglichst vor der Haustür, aber nicht zu den ungerechten Bedingungen, wie sie schon Jahrzehnte am Leben erhalten werden. Sehr geehrter Herr Dr. Rössmann, es wäre Ihre Aufgabe gewesen, eine intelligente Lösung hierfür zu suchen. Nach Ihrem System, und da sind Sie sich mit allen anderen maßgeblichen Parteien komischerweise sehr einig, muss auch der arme Bürger (Sozialrentner oder auch Hartz-IV-Empfänger) für den reichen Bürger (...) zwangsweise das Schwimmbad und mehr subventionieren. Dies ist im höchsten Maße

unsozial. (...) Was haben Sie denn unternommen, dass die Heizungspreise auch für nicht so betuchte Bürger bezahlbar bleiben? Wissen Sie überhaupt, dass es Bürger in unserer schönen Stadt gibt, die nicht mehr in der Lage sind, die Energiekosten aufzubringen und dass sie trotzdem neben den Steuern und Abgaben zusätzlich eine Art Sondersteuer auf das Gas für die Nebenbetriebe der Stadtwerke zu entrichten haben? Wollen Sie diese Bürger alle zum Sozialamt schicken? (...) Wäre es nicht an der Zeit, endlich das bisherige unsoziale System zu überprüfen, anstatt die Gaspreis-Initiative scharf zu kritisieren, die sich um Sachen kümmert, die Sie eigentlich sozial verträglich lösen müssten? Sie wissen auch ganz genau, dass die Quersubventionen auch rein rechtlich mehr als bedenklich sind. (...) **Erich Seefeld, Neustadt**

### „Nur gegen Preise“

In diesem Artikel erweckt Herr Rössmann (SPD) den Anschein, dass die Neustadter Gaspreis-Initiative die Stadtwerke Neustadt abschaffen will. Dem muss ganz energisch widersprochen werden. Ich bin der Ansicht, dass es keinen vernünftig denkenden Neustadter Bürger gibt, der nicht lieber den kompetenten Ansprechpartner vor Ort hat, als das nichtssagende Callcenter eines Großkonzerns irgendwo in der Republik. (...) Also, die Gaspreis-Initiative ist keinesfalls gegen die Stadtwerke, sondern gegen ihre Preisgestaltung. Und hier bin ich der Meinung, dass die Stadtwerke keinesfalls frei in ihrer Preisgestaltung sind, sondern ein gewisser Anteil „politisch“ motiviert ist, Quersubvention. (...)

Im Zusammenhang mit den Gas-

preisen möchte ich vor allem vor einem Freund-Feind-Denken warnen. Gas, Wasser, Strom, die uns die Stadtwerke liefern, gehören zur Grundversorgung der Bürger, und dass dafür ein gerechter Preis zu zahlen ist, ist jedem klar. Was dem Bürger jedoch nicht klar ist, ist, dass die Güter zur Grundversorgung zum Spielball der Gewinnmaximierung der Energieversorger werden. Oder wie ist sonst die Ankündigung der RWE zu verstehen: Bis 2012 soll der Gewinn operativ jährlich im Schnitt um fünf bis zehn Prozent steigen. Die Politik, also unsere Volksvertreter, sind gefordert. Ist 2009 nicht ein Superwahljahr? (...) Wer mit der Preispolitik der Energieversorger nicht einverstanden ist, der sollte sich mit dem Paragraph 315 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vertraut machen.

**Hans-Otto Ridderbusch, Neustadt**